

Heute in der Zeitung

Politik

Ein Niederbayer für Europa

Der 41-jährige Manfred Weber (CSU) führt die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europaparlament. SEITE 6

Rechtsradikaler im Mannheimer Rat

Der vorbestrafte NPDler Hehl zieht in den Mannheimer Gemeinderat ein - zum Ärger der anderen Fraktionen. SEITE 8



Aus aller Welt

Korruption in Venedig

Wegen Korruptionsvorwürfen sind gestern Politiker und Firmenvertreter festgenommen worden. SEITE 9

Wirtschaft

Litauen bekommt den Euro

Das Land erfüllt alle Maastricht-Kriterien und kann im kommenden Jahr der Währungsunion beitreten. SEITE 12

Entdecken

Gefühle gehören zur Rationalität

Der Hirnforscher und Bestsellerautor António Damásio hat in Tübingen seine Theorie der Emotionen erläutert. SEITE 16



Nachrichten für Dich

Eine Rassel für die Fans

Zur Fußball-WM in Brasilien ist die Caxirola auf den Markt gekommen. SEITE 16

Stuttgart & Baden-Württemberg

Rätsel um Leichen im Schlossgarten

Die Polizei rätselt weiter über die Identität der Frau, deren Leiche in einem Koffer im Schlossgarten lag. SEITE 17

Kultur

Ein Werkstattbesuch bei Dario Fo

Der Mailänder Literaturnobelpreisträger hat ein Buch über Lucrezia Borgia geschrieben und sie auch gemalt. SEITE 27

Prix Pantheon für Stuttgarter Komiker

Früher schlug sich Özcan Cosar als Kellner durch, inzwischen räumt er einen Preis nach dem anderen ab. SEITE 28



Sport

Superstar in Superform

Neymar ist der Hoffnungsträger der Brasilianer bei der Fußball-WM. Und er ist in beeindruckender Frühform. SEITE 32

Rubriken

Impressum _____ 12 Was Wann Wo _____ 25
Notfallnummern _____ 20, 21 Fernsehprogramm _____ 30
Familienanzeigen _____ 24

Die StZ vor 50 Jahren

Das Wirtshaus in der Tasche

Bierabsatz nimmt zu „Im Wettbewerb um den Biertrinker liefern sich die deutschen Brauereien harte Kämpfe. Ein starkes Wettbewerbsmittel ist dabei das Flaschenbier. Über mannigfaltige Vertriebsmöglichkeiten gelangt der begehrte Gerstensaft so auf den häuslichen Tisch des Verbrauchers. Ein Gang ins Wirtshaus erübrigt sich. Dank dem ‚Wirtshaus in der Tasche‘ hat der Bierabsatz kräftig zugenommen - seit 1961 um jährlich 7 Prozent. 1963 gelangten über 66 Mill. Hektoliter Bier ‚an den Mann‘, davon 70 Prozent in Flaschen. Der Anteil des Flaschenbiers am Gesamtumsatz bewegt sich bei den Brauereien gegenwärtig zwischen 65 und 85 Prozent. (...) Den teuren Investitionen in die neuen Flaschenfüllanlagen konnte sich offenbar kein Betrieb entziehen.“ Aus der StZ vom 5. Juni 1964



stuttgarter-zeitung.de



Im Juni in Stuttgart

Die besten Clubkonzerte

Die Fußball-WM dominiert im Juni zwar. Dennoch kommen auch Musikfans in Stuttgart auf ihre Kosten.

www.stuttgarter-zeitung.de/kopfhoeerfm

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion 0711/72 05-0
Anzeigen 07 11/72 05-21
Leserservice 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement 080 00 14 14 14
Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen
Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Fax
Redaktion 07 11/72 05-12 34
Anzeigen 018 03/08 08 08
Leserservice 07 11/72 05-61 62
*018 03: 0.09 Euro/Min.,
Preise aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.
E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de



Für den Ex-Ministerpräsidenten Stefan Mappus ist der EnBW-Deal noch nicht ausgestanden: Die Staatsanwaltschaft prüft, ob sie Anklage erheben will.

Foto: dpa

Die Bilanz des EnBW-Ausschusses

Tagesthema

Abschlussbericht Landesregierung und Opposition sind sich einig: Der EnBW-Deal war verfassungswidrig, die politische Verantwortung trägt der Ex-Regierungschef Stefan Mappus. Nur bei der Einschätzung des Kaufpreises gibt es weiter verschiedene Meinungen. Von Reiner Ruf

Klingt da Erleichterung an? „Anfang und Ende reichen sich die Hände“, rezitiert Andreas Glück von der FDP einen Kinderbuchtitel. Der CDU-Abgeordnete Alexander Throm beendet die zweieinhalb Jahre währende Arbeit im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des EnBW-Deals mit einem abschließenden Seufzer: „Gefühl dauerte das länger.“ Ende Juli folgt noch eine Landtagsdebatte, dann ist es vorbei.

Die Freude respektive Ermattung bei FDP und CDU ist nachvollziehbar. Schließlich befasste sich der Untersuchungsausschuss mit einem der größten Skandale in der Geschichte des Landes: die Ende 2010 vom damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus eingefädelt Rückverstaatlichung des Energiekonzerns EnBW - ein Unterfangen, das nach dem Urteil des baden-württembergischen Staatsgerichtshof unter verfassungswidrigen Umständen vollzogen wurde.

Einige CDU-Mitglieder versorgten Mappus mit Interna

Seinerzeit hatten beide Regierungsfaktionen, CDU wie auch FDP, Mappus' Handeln zumindest äußerlich vorbehaltlos gestützt. „Man hat ihn gewähren lassen und stand am Schluss Spalier und hat gebuhelt“, mit diesen Worten umreißt der Grünen-Obmann Hans-Ulrich Skerl das damalige Verhalten von CDU und FDP. Dazu kommt, dass Teile der CDU-Fraktion ihre Loyalität zu Mappus auch nachträglich noch bewiesen. Drei Ausschussmitglieder aus den Reihen der CDU mussten ihren Posten aufgeben, weil sie Mappus mit Interna versorgten, darunter Ulrich Müller, der sich mit dem Ex-Premier nachts auf einem Parkplatz getroffen hatte.

Auf diese Weise, das muss Throm, dem CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, irgendwann klar geworden sein, würde seine Partei nicht mit Würde aus der Affäre herauskommen. Deshalb redet er bei der Vorstellung der abschließenden Voten nicht lange um den heißen Brei herum. Die politische Verantwortung für das Ge-

schehene ordnet er eindeutig seinem Parteifreund Stefan Mappus zu. Dieser habe sich in dreifacher Weise fehlerhaft verhalten. Erstens habe Mappus bei dem Deal die Ministerialverwaltung komplett ausgeschaltet und damit auf deren Sachverstand verzichtet. Zweitens habe er seinen engen Freund Dirk Notheis „frei walten und schalten“ lassen und damit das Heft des Handelns aus der Hand gegeben. Drittens sei der Deal innerhalb von nur 13 Tagen abgewickelt worden - zwischen dem 24. November und dem 6. Dezember 2010. Ein so kurzer Zeitraum sei bei einem Geschäft dieser Dimension

nicht seriös. Dass der damalige, für die Ausübung des Notbewilligungsrechts aber unentbehrliche Finanzminister Willi Stächele (CDU) erst am Vorabend des Deals einbezogen wurde, bezeichnet Throm als inakzeptabel.

In einem anderen, für die strafrechtlichen Untreue-Ermittlungen gegen Mappus maßgeblichen Punkt springt Throm jedoch dem früheren Regierungschef bei. Dabei geht es um die Frage, ob Mappus wesentlich zu viel für die EnBW-Aktien gezahlt hat, weil er den Deal mit einem Volumen von 4,7 Milliarden Euro unter allen Umständen durchziehen wollte, um

vor der Landtagswahl einen wirtschaftspolitischen Erfolg vorweisen zu können. Grüne und SPD sehen das so. „Er akzeptierte willig die Preisvorgabe des Verkäufers EdF“, heißt es im grün-roten Mehrheitsvotum. Der SPD-Obmann Sascha Binder sagt: „Mappus ließ sich den Preis diktieren.“ Dagegen resümiert der CDU-Obmann Throm, die diversen Gutachten lieferten „keinen Beleg, dass der Kaufpreis nicht angemessen war“.

Beim Preis der Aktie gehen die Meinungen stark auseinander

SPD und Grüne verweisen dagegen auf Unterlagen der Investment Bank Morgan Stanley, die dem Untersuchungsausschuss erst in diesem Frühjahr zugänglich gemacht wurden. Demnach hat die Beratertruppe um den Mappus-Freund Notheis den Unternehmenswert vor den Preisverhandlungen mit den Franzosen deutlich geringer eingestuft - nach der sogenannten DCF-Methode in Höhe von 35 Euro pro Aktie und nach der Multiple-Methode in einer Bandbreite zwischen 21,40 Euro bis etwas mehr als 38 Euro. Tatsächlich aber habe, so heißt es im grün-roten Abschlussvotum, Mappus am 26. November 2011 der EdF 39,90 Euro pro Aktie geboten. Noch am 5. November sei von Morgan Stanley ein Aktienkurs in einer Bandbreite zwischen 26 Euro bis 34 Euro zugrunde gelegt worden, in einer Mail vom 8. November habe Notheis aber eine Berechnung des Kaufpreises mit einer Spanne von 32 bis 42 Euro angefordert. „Wir schließen daraus, dass der bezahlte Kaufpreis nicht dem von Morgan Stanley vor den Verhandlungen ermittelten Wert entsprach“, so Grün-Rot. Vielmehr sei der Unternehmenswert dem Verhandlungsergebnis mit der EdF angeglichen worden.

Am Ende legte das Land inklusive der Dividende für das Jahr 2010 sogar 41,50 Euro pro Aktie auf den Tisch. Der Gutachter der Staatsanwaltschaft, Wolfgang Ballwieser, hatte einen Wert von 34,58 Euro errechnet. Das Land, so Ballwieser, habe demnach 780 Millionen Euro zu viel gezahlt.

DIe AUFTRIITTE VON STEFAN MAPPUS IM U-AUSSCHUSS

Auftritte Der frühere CDU-Regierungschef Stefan Mappus hatte drei Auftritte vor dem EnBW-Untersuchungsausschuss im Stuttgarter Landtag.

9. März 2012 Mappus rechtfertigt und lobt den von ihm eingefädelt EnBW-Deal von Ende 2010. Er sagt: „In ökonomischer und politischer Hinsicht halte ich den Aktienrückkauf nach wie vor für richtig.“ Die Ausschaltung des Landtags sei aber im Nachhinein betrachtet falsch gewesen. Er erklärt, dass der Wiedereinstieg des Landes beim Karlsruher Energieversorger Ende 2010 fast in letzter Sekun-

de noch geplatzt wäre. Hintergrund seien Bedenken der französischen Regierung gegen den Deal gewesen, bei dem Baden-Württemberg Anteile vom französischen Staatskonzern EdF zurückkaufte.

14. Juni 2013 Mappus verteidigt den umstrittenen Rückkauf der Aktien erneut. Er habe das Milliardengeschäft „nach bestem Wissen und Gewissen vorbereitet und vollzogen“. Jedoch attackiert er die Anwaltskanzlei Gleiss Lutz, die die Rechtsberatung übernommen hatte. Es sei eine „Riesensauerei“, wenn die Kanzlei nun die Verantwortung für das

Ausschalten des Parlamentes bei dem Geschäft allein ihm zuschiebe. Sie habe nicht vor rechtlichen Risiken des Deals gewarnt.

14. Februar 2014 Beim dritten Auftritt vor dem Gremium fährt Mappus schweres Geschütz auf. Der frühere CDU-Politiker sieht sich vom Ausschuss vorverurteilt. Er reicht Klage beim Verwaltungsgericht Stuttgart ein, um das ihm bis jetzt verweigerte Fragerecht im Ausschuss zu bekommen. Außerdem kündigt der einstige Regierungschef an, seine früheren Rechtsberater von Gleiss Lutz juristisch zu belangen. dpa

Der Staatsanwalt braucht noch ein paar Monate

Wenn Ende Juni der Landtag über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses debattiert, wird die politische Aufarbeitung des EnBW-Aktiengeschäfts und seiner Begleitumstände beendet sein. Für vier der Hauptakteure ist damit aber nur ein Nebenschauplatz abgeräumt, denn die strafrechtliche Würdigung des Aktienhandels ist weiter offen. Es wird noch Monate dauern, bis klar ist, ob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus, den damaligen Finanzminister Willi Stächele und den Staatsminister Helmut Rau (alle CDU) sowie Mappus' Berater, den damaligen Deutschlandchef der Investment Bank Morgan Stanley, Dirk Notheis, erhebt.

Seit Juli 2012 geht die Staatsanwaltschaft Stuttgart Anhaltspunkten nach, wonach sich Mappus der Untreue, und Notheis der Beihilfe zur Untreue strafbar gemacht haben könnten. Am 11. Juli 2012 ließ sie in zehn Wohn- und Büroräumen Durchsuchungsaktionen durchführen. Wenige Tage später gerieten auch Stächele und Rau ins Visier der Strafverfolger.

Die polizeilichen Ermittlungen sind jetzt abgeschlossen. Die Akten werden in diesen Tagen der Staatsanwaltschaft überstellt, so eine Sprecherin der Behörde in Stuttgart. Jetzt erhalten die Verfahrensbeteiligten Einsicht in die Unterlagen und können sich dazu äußern. Konkret könnte etwa angeregt

Justiz Die strafrechtliche Aufarbeitung der Begleitumstände des Aktiengeschäftes ist noch lange nicht abgeschlossen. Von Thomas Breining

werden, dass noch weitere Zeugen gehört werden sollen, so die Sprecherin. Es werde „insgesamt noch einige Monate dauern“, bis der Staatsanwalt befinden kann, ob er Anklage erheben will oder nicht.

Bei der Staatsanwaltschaft geht man davon aus, dass es nur eine Verfügung geben wird, die dann alle vier Beschuldigten beinhaltet. Der Anwalt von Helmut Rau hatte sich unlängst über die lange Ermittlungsdauer beklagt. Das Verfahren gegen seinen Mandanten dürfe nicht offengehalten werden, bloß weil gegen die anderen Beschuldigten noch weiter ermittelt werde. Doch werden sich wohl auch Rau und Stächele noch gedulden müssen.

Um Helmut Rau ist es still geworden. Der frühere Kultus- und Staatsminister vertritt den Wahlkreis Lahr im Landtag. Willi Stächele war zuletzt Finanzminister und nach dem Regierungswechsel einige Monate Landtagspräsident. Er musste wegen der Ermittlungen aber zurücktreten. Seit Anfang 2013 ist er nicht nur Landtagsabgeordneter, sondern auch

Präsident des Oberrheinrates, einem Gremium aus Mandatsträgern aus Rheinland-Pfalz, der Nordwestschweiz, dem Elsass und Baden-Württemberg.

Dirk Notheis war als Vorstandsmitglied bei Morgan Stanley ausgeschieden, als die Ermittlungen begannen. Seit 1. Februar 2014 ist er Geschäftsführer der Rantum Capital, einem Fonds, der für Mittelständler Kapital besorgen will. Zudem berät Notheis den österreichischen Finanzminister bei der Abwicklung der Pleitbank Hypo Alpe Adria.

In völliger Stille wird an einer weiteren Baustelle gearbeitet. Die Frage, ob das Land zu viel für die EnBW-Aktien an die EdF gezahlt hat, prüft auch das Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris. Das inzwischen grün-rot geführte Land hatte geltend gemacht, die aus ihrer Sicht zu viel gezahlten 834 Millionen Euro stellten einen Verstoß gegen die Beihilfevorschriften der EU dar und müssten zurückerstattet werden. Im Januar hatte es in Zürich ein geheimes Aufeinandertreffen der beiden Streitparteien gegeben. Danach war gemunkelt worden, im Frühjahr oder Sommer werde das Gericht seinen Beschluss fassen. Wie es damit aussieht, ist unklar. Im Stuttgarter Finanzministerium wisse man nichts über den Fortgang, erklärt eine Sprecherin. In Paris wird die Sache so vertraulich behandelt, dass eine ICC-Sprecherin nicht einmal bestätigen will, dass sich das Gericht überhaupt damit befasst.